



LANDTAGSWAHL

Keine Stimme der AfD! Diesmal ‚Die Linke‘ wählen!

Wer glaubt, er könne mit der Wahl der AfD denen da oben eins auswaschen, erreicht genau das Gegenteil! Die AfD wird in den Medien als „die Opposition“ gebracht. Dabei nimmt sie gerade die Finanz-Kapitalisten und die Regierung aus der Schusslinie, wenn sie Flüchtlinge als die Sündenböcke hinstellt. Sind die denn daran schuld, dass die Mieten ins Uferlose steigen? Sind denn angeblich faule Bürgergeldempfänger daran schuld, dass in Deutschland der Bestand an Sozialwohnungen drastisch zurück gegangen ist?

Wenn die AfD auf ihren Wahlplakaten die „Faulen“ anprangert, fällt das auf sie selber zurück: Die Abgeordneten in Sachsen-Anhalt sicherten ihren Familienangehörigen mit „Über-Kreuz-Einstellungen“ in ihren Büros einen angenehmen und einträglichen Job.

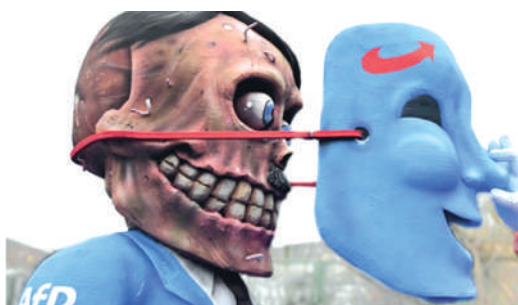
AfD-Politiker sind sich „modern“ gebende Faschisten, so wie Trump und Putin. Aber ab und zu werden sie deutlich. Spitzenkandidat Markus Frohnmaier: „Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteienfilz ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, ...“

Genau wie bei Trump sind dann alle Demokraten im Visier. Die Medien verharmlosen die faschistische Gefahr, wenn z.B. der SWR in seinem „Triell“ zur Wahl neben den Spitzenkandidaten von CDU und Grünen auch erstmals AfD-Frohnmaier zu Wort kommen lässt. Die „Zwiebel“ bringt erstmals Artikel und eine ganzseitige Anzeige der AfD. Die AfD ist aber keine normale, sondern eine extrem arbeiterfeindliche Partei. Sie lehnt das Stadtticket ab. Sie verbreitet im Interesse der Autokonzerne, der Rückgang des Verbrenners wäre an der Arbeitsplatzvernichtung schuld. Aber die Ursachen liegen einzig in der Profitlogik des Kapitalismus. Nur in einer sozialistischen Zukunft liegt unsere Perspektive.

Die MLPD kandidiert nicht zu dieser Landtagswahl und konzentriert sich auf ihre Kleinarbeit in Betrieben und Wohngebieten. Besonders im Sinne des antifaschistischen Zusammenschlusses empfehlen wir die Stimmabgabe für die Linkspartei und auch mit der Erststimme die Wahl des Esslinger Direktkandidaten Martin Auerbach.

Wer die AfD wählt, wählt Faschismus!

Wer die AfD effektiv bekämpfen will, muss die MLPD unterstützen!



Braun hinter blau - ein Wagen vom Düsseldorfer Karneval vor Jahren

Antikommunistische Spaltung:

Das Esslinger "Bündnis für Demokratie und Menschenrechte" schließt die MLPD aus!

Nach heftiger Diskussion wurde die MLPD Esslingen mit Mehrheit aus dem Esslinger "Bündnis für Demokratie und Menschenrechte" ausgeschlossen. Auch die Vertreter von FÜR Esslingen, DGB und Linke protestierten dagegen: Ein völlig falsches Signal in einer Zeit, wo wir doch ungeachtet unterschiedlicher politischer Richtungen gegen die faschistische Gefahr zusammenhalten müssen!

Die Begründung: Die MLPD wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Damit wird ausgerechnet die Instanz bemüht, die für ihre Verquickung mit Faschisten berüchtigt ist. Von 2012-2018 leitete AfD-Anhänger Hans-Georg Maaßen den Geheimdienst. In der NSU-Affäre kam der Verfassungsschutz in den Geruch, die NSU zu schützen.

Mit dem Ausschluss wird sicher nicht verhindert werden, dass wir uns noch viel breiter gegen das Aufkommen des Faschismus aufstellen werden. Die aktuellen gemeinsamen Proteste in Esslingen gegen die AfD-Wahlstände sind da genau richtig!

Hier gehts zum OFFENEN BRIEF der MLPD gegen den Ausschluss



EINE CHANCE VERTAN

ZWECKENTFREMDEUNGSVERBOT AUFGEHOBEN - WOHNUNGSNOT STEIGT!

CDU, Freie Wähler, FDP-Volt und natürlich die AfD haben im Gemeinderat das Zweckentfremdungsverbot gekippt. Angeblich wäre es wirkungslos. Aber es wurde nie richtig angewendet: Die Verwaltungsstelle wurde auf 25% gedeckelt und die Kollegin war lange im Mutterschutz.

Es geht dabei um Wohnungen, die bewusst nicht vermietet oder als Touristenunterkunft vermarktet werden. Aktuell werden rund 900 Esslinger Wohnungen den Mietern vorenthalten.

Der Mieterbund und die 'Architects 4 future' sprechen klar von einem sozialpolitischen Skandal. Es ist in Esslingen für Normalverdiener fast unmöglich eine noch einigermaßen bezahlbare Wohnung zu finden.

Bis Neubauprojekte greifen vergehen Jahre und entgegen allen Beteuerungen werden eben keine Sozialwohnungen geschaffen. Private

Träger spekulieren mit Wohnraum, um irrsinnige Profite einzufahren. Gleichzeitig schont man sie, wie die Bauverzögerung des Strabag-Konzerns auf dem Karstadt-Areal zeigt. Keinerlei Konventionalstrafe, weil im Kaufvertrag nichts vermerkt ist.

OB Klopfer erklärte noch bei Amtsantritt: Sozialer Wohnungsbau in städtischer Hand wäre vorrangiges Ziel. Das Ergebnis ist gleich Null!

Neubau und die Bodenversiegelung sind extrem umweltschädlich. Noch mehr Flächenfraß kann sich die "Hitzezeit" Esslingen nicht erlauben. Es gibt auch andere Möglichkeiten: Aufstockung von Gebäuden, Bebauung schon versiegelter Flächen, Wohnungstausch und eben auch die Bereitstellung schon vorhandener leerstehender Wohnungen.

Die beste Konsequenz aus der Wohnungsnot: AKTIV WERDEN UND SICH ORGANISIEREN!

Wir müssen uns zusammenschließen: In einer Mieterinitiative, wie es die FlüWo-Mieter letztes Jahr gemacht haben, in dem überparteilichen Wahlbündnis FÜR Esslingen oder in der MLPD. Wendet euch an TACHELES! Lest auf unserer Webseite weitere Artikel zur Wohnungsfrage!



Member of
ICOR



MLPD

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

► www.mlpd.de

TACHELES - ONLINE

Alle Ausgaben

Eigenen Kommentar abgeben

Aktuelle Beiträge und Infos

www.mlpd-esslingen-tacheles.de

Instagram: #mlpdesslingen



BÜRGERENTSCHEID

JA zur Bücherei im Pflegehof!

DREIST: Der Bürgerentscheid von 2019 für den Pflegehof - einfach ausgehebelt.

IRRSINN: Bis zu 20 Mill. Euro in einen unnötigen Ankauf und Umbau des Kögel-Gebäudes stecken.

MANIPULATIV: Die einseitige Lobhudelei der Stadt für das Kögel-Gebäude.

"GESCHMÄCKLE": Der Ex-Gemeinderat und Kaufhausbesitzer Kögel wird eine "Sorge" los und kann Millionen einstreichen - aber auf unsere Kosten.

DESHALB: Nein zum Kögel-Umzug - Ja zum Pflegehof!

REBELL ★

Jugendverband der MLPD

KOMM ZUR GAZA-SOLI-AG!

18. März um 17.30 Uhr im
ABZ Süd, Bruckwiesenweg 10
in Stuttgart-Untertürkheim.

Schick uns eine Mail an:
rebell.esslingen@gmail.com

Erklärung der MLPD Baden-Württemberg

zur Landtagswahl am 8. März 2026

Die Welt aus den Fugen?



Im Tagesschau-Deutschlandtrend vom 8.1.2026 bewerten 84 % der Befragten die Verhältnisse als „beunruhigend“. Nur 13 % sind „zuversichtlich“. Weltweiter Vormarsch des Faschismus, Aufrüstung, Kriege, Weltkriegsgefahr und das Fortschreiten der globalen Umweltkatastrophe, Chaos und Krisen, Arbeitsplatzabbau, Sozialkollaps, ... Allein in Baden-Württemberg fehlen 196.000 bezahlbare Wohnungen während 236.000 Wohnungen leer stehen. All das ist tatsächlich beunruhigend. Der Kapitalismus/Imperialismus zeigt sein wahres Gesicht und kann kein Problem der Menschheit lösen. Die Diskussion über die gesellschaftliche Perspektive bestimmt diese Landtagswahlen.

In diese Diskussion wird sich die MLPD aktiv einbringen, aber sie kandidiert bewusst nicht zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg.



Als entscheidend in der aktuellen Situation sieht die MLPD die Notwendigkeit, den Kampf gegen die akute faschistische Gefahr und die Gefahr eines dritten Weltkriegs zu verstärken. Neben breiten Bündnissen steht dabei im Zentrum die Förderung der Kämpfe der Arbeiterklasse und die Aufklärung und Bewusstseinsbildung unter der Arbeiterklasse und den Massen.

Sie konzentriert sich darauf Kämpfe und Streiks gegen Arbeitsplatzvernichtung zu fördern, ist aktiv in der Ver.di Tarifrunde, der Internationalen Solidarität

mit dem Selbstbestimmungsrecht und dem Kampf um Befreiung in Venezuela, dem Iran, Gaza, Rojava, Grönland usw. Sie nimmt Teil an den Jugendprotesten gegen die Wehrpflicht am 5. März und am Internationalen Frauentag und Wahltag 8. März. Sie arbeitet konsequent an der Förderung einer neuen sozialistischen Jugendbewegung und den Aufbau ihres Jugendverbands REBELL.

Die MLPD steht für: - Echten Sozialismus statt Untergang in der kapitalistischen Barbarei!

- Den gemeinsamen Kampf gegen Faschismus, Weltkriegsvorbereitung und gegen die Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen.

- Gegen das Abwälzen der Krisen- und Kriegslasten auf die Massen und die Kommunen!

Vorwärts zur Arbeiteroffensive – für die Zukunft der Jugend!

Wer AfD wählt, wählt Faschismus!

Mit Markus Frohnmaier kandidiert ein Anhänger des Faschisten Björn Höcke für das Amt des Ministerpräsidenten. Er pflegt enge Beziehungen zu den faschistischen Regierungen in den USA und Russland. Die Ideologie der AfD ist völkisch, nationalistisch, rassistisch, antikommunistisch und bedeutet extreme Spaltung. Sie steht für „Deutschland zuerst“ und meint „deutsche Bosse zuerst“. Dagegen steht die Losung von Karl Marx: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Die AfD gibt sich als „Kümmerer“ der kleinen Leute, macht auf „Protest gegen die da oben“ und gibt sich demokratisch. So tarnt sich der moderne Faschismus. Sind sie erst mal an der Macht, dann machen sie es wie Trump, zerschlagen jede Opposition und bauen den Staat um zu einer faschistischen Diktatur um. Für die Arbeiter und kleinen Leute hingegen tun sie nichts. Die Mindestloohnerhöhung lehnt sie ab, fordert aber Steuer geschenke für Spitzenverdiener und Konzerne. Das kastrierte deutsche Streikrecht will sie weiter einschränken und fordert massive Kürzungen für Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen. Die Liste kann weiter fortgesetzt werden.

Fortsetzung Seite 2



Die AfD leugnet die Klimakatastrophe und setzt voll auf Kohle, Gas, Atom und Verbrennermotor. Sie ist keine Friedenspartei, sondern für Kriege im „deutschen“ Interesse, für Hochrüstung, Wehrdienst und atomare Bewaffnung was sie demagogisch verschleiern. Unter „Frieden“ versteht sie wie Trump und Putin offenen Kolonialismus. Mit „Protest“ hat das nichts zu tun – im Gegenteil: sie liefert der Landesregierung noch die nötige rassistische Hetze, Spaltung und Sündenböcke.

Vorsicht vor „Zentrum Automobil“!

Die AfD fördert mit Zentrum Automobil ausgehend von ihrem Nest bei Mercedes-Untertürkheim deren Kandidatur in weiteren Großbetrieben. Heuchlerisch setzen sie an Kritiken an der Gewerkschaftsführung an. In Wirklichkeit will sie die Gewerkschaften zerschlagen. Sie hetzt gegen diese, fordert die Leute zum Austritt auf und spaltet die Belegschaften. Ihre Ideologie der sogenannten Betriebsgemeinschaft ordnet die Arbeiter dem Kapital unter.

Für das Verbot der AfD!

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Er ist die brutalste Herrschaftsform des Finanzkapitals. Nach dem Potsdamer Abkommen von 1945 müssten faschistische Parteien und Organisationen verboten werden. Es ist ein Skandal, dass sie trotzdem vom Landeswahlausschuss am 9.1. zugelassen wurden.



Der mittlere Neckarraum – das neue Detroit?

Allein Mercedes, Daimler Truck, Porsche, Audi und die Automobilzulieferer Bosch, ZF, Mahle und Conti vernichten zehntausende Arbeitsplätze. Ganze Werke wie Bosch in Leinfelden und Waiblingen sollen geschlossen werden. Zulieferer wie Schuler oder Allgaier wurden bereits platt gemacht. Wo kein Maximalprofit winkt, wie bei Porsche Cellforce, ist Schluss. Auch im Maschinenbau wurden schon zahlreiche Arbeitsplätze abgebaut, schleichend oder mit der Methode der Insolvenz wie bei den Textilmaschinen-Herstellern Stoll in Reutlingen und Mayer & Cie in Albstadt. Ganze Regionen bluten aus, unter dem Diktat der Monopole und ihrer gegenseitigen Vernichtungsschlacht.

Es ist gut, dass Verdi sich in dieser Situation nicht dem sozialchauvinistischen Trommelfeuer unterordnet und mit Streiks in der Tarifrunde die Kraft der Beschäftigten zur Geltung bringt. Die Arbeiterklasse kann vereint die Angriffe von Monopolen und Regierung zu Fall bringen.

Bürgerliche Parteien – leere Versprechungen

Die Landesregierung aus GRÜNEN und CDU ist zunehmend nach rechts gerückt. Am deutlichsten in der Flüchtlingspolitik und der Verschärfung des Landespolizeigesetzes. Von Brandmauer gegen die AfD ist kaum mehr die Rede.

CDU-Spitzenkandidat Manuel Hagel behauptet: „Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz“.(1) Darunter versteht er „Sonderwirtschaftszonen“. Damit keiner an die verheerenden Ausbeuterparadiese z.B. auf den Philippinen oder in Bangladesch denkt, nennt er diese „Cluster“. Er will „Gewerbegebiete, in denen Unternehmen befreit von vielen Regulierungen forschen und produzieren können“.(1) Die Monopole jubeln, bedeutet das doch, Arbeiterrechte, Sozialleistungen, Umweltschutzmaßnahmen zum Abschluss frei zu geben.

Grünen-Spitzenkandidat Cem Özdemir positioniert sich seit Monaten als Kanzler der Autoindustrie. Er kopiert den Pragmatismus von Winfried Kretschmann, der das „unmittelbar Nützliche“ vor Augen hat – sprich die Interessen der Autobosse und Co in Baden-Württemberg.

SPD-Spitzenkandidat Andreas Stoch behauptete bei der Kundgebung gegen die Schließung von Bosch-Leinfelden noch im Herbst: „Ich kämpfe um jeden Arbeitsplatz!“ Nichts ist passiert, das Werk soll nach Ungarn verlagert werden.

Die FDP sieht ihre Überlebenschancen in ihrem Stammland in der Wende nach Rechts. Sie tritt mit dem Slogan "Technologieoffenheit" für die Renaissance der Atomkraft in Baden Württemberg ein. Die teuerste Energie und extrem umweltschädlich. Im Kapitalismus gibt es keine Technologieoffenheit. Der Maßstab ist die Erzielung von Maximalprofiten.

Alternative Rüstungsproduktion?



Die Arbeiter und Ingenieure sollten nicht in diesen „vergifteten Apfel“ beißen. Sollen sie ihre Fähigkeiten, Arbeitskraft und Knowhow für Mord und Totschlag vergeuden? Die „Transformation zur Verteidigungsindustrie“ ist in Wirklichkeit die Umstellung auf Kriegswirtschaft. Die Arbeiterbewegung muss sich an die Spitze gegen Kriegsvorbereitung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft stellen.

Unsere Wahlempfehlung:

Insgesamt kandidieren 21 Parteien mit Landeslisten. Zum ersten mal gibt es bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg zwei Stimmen:

Die MLPD unterstützt kritisch die Wahl der Linkspartei und empfiehlt zur Stärkung des antifaschistischen Bündnisses:

- Zweitstimme für die Linkspartei.
- Erststimme: Prüfung der Direktkandidaten im Wahlkreis.

Die Linkspartei hat in ihrem Wahlprogramm viele fortschrittliche Forderungen und stellt sich klar gegen Hochrüstung und Faschismus. Sie will „die Gegenwehr gegen Angriffe von Seiten des Kapitals und seiner Parteien mit dem Kampf für die Überwindung des Kapitalismus“ verbinden. Die MLPD kritisiert dabei die Illusion, dass der Kapitalismus/Imperialismus über das bürgerliche Parlament und ohne sozialistische Revolution überwunden werden könnte. Ihr Begriff der „sozialistischen Demokratie“ verwirrt, denn Sozialismus bedeutet: Demokratie für die Massen und Unterdrückung der bisherigen Ausbeuter von Mensch und Natur. Und der Begriff macht einen Bogen um die differenzierte Auswertung der Errungenschaften des Sozialismus und dessen Verrats in der DDR, Sowjetunion und China.

Die MLPD fordert :

- Verbot der AfD und aller faschistischen Organisationen!
- Für die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!
- 10 Prozent Ausbildungsquote in den Großbetrieben!
- Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für den Aufbau ein modernes umweltgerechtes Verkehrssystem!
- Verteidigung und Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten! Für ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht!
- Kostenloses, einheitliches und qualifiziertes Bildungssystem von der Krippe bis zur Hochschule!
- Gegen Wohnungsnot und Mietenexplosion: Bau von Sozialwohnungen und Mietpreissenkungen auf Kosten der Wohnungskonzerne!
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Nulltarif!
- Erhalt des Kopfbahnhofes und des Gleisvorfeldes Stuttgart! Keine Bebauung des Gleisvorfeldes! Schluss mit dem Desaster Stuttgart 21! Bestrafung und Entschädigung durch alle dafür Verantwortlichen!
- Weg mit der Wehrpflicht!
- Ausbau der erneuerbaren Energien! Stopp Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke!
- Stoppt das Ausbluten der Kommunen – für eine Gemeindefinanzierungsreform zugunsten der Kommunen!
- Erhalt wohnortnaher Krankenhäuser! Bessere ärztliche Versorgung!
- Stopp den Abschiebungen – Asylrecht auf antifaschistischer Grundlage!

Hoch die Internationale Solidarität!

